

Antrag der Fraktion UFFBASSE vom 11. März 2018 betr. Nachrüsten statt Fahrverbote



Liebigstrasse 46
64293 Darmstadt
Tel. & Fax 06151/8606067
www.uffbasse-darmstadt.de

Darmstadt, den 11. März
2018

Antrag – Nachrüsten statt Fahrverbote

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Darmstadt sieht die Verantwortung für drohende Fahrverbote sowie drohende Stilllegungen von Kraftfahrzeugen einerseits bei den Herstellern und andererseits beim Kraftfahrtbundesamt und dem zuständigen Ministerium.
2. Die Stadt Darmstadt lehnt Fahrverbote - mit oder ohne blaue Plakette - ab und sieht die Autohersteller in der Pflicht, die Kraftfahrzeuge auf eigene Kosten und sofort so nachzurüsten, dass die Schadstoffemissionen im Realbetrieb die angegebenen Obergrenzen einhalten.
3. Die Stadt Darmstadt sieht in der Mitverantwortung des Kraftfahrtbundesamtes eine besondere Aufgabe der Bundesregierung, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten die Automobilhersteller zur Nachrüstung zu verpflichten.
4. Der Magistrat wird aufgefordert - wie bisher - im Deutschen Städtetag, im Hessischen Städtetag und anderen Interessenvertretungen von Kommunen sowie gegenüber der Bundes- und der Landesregierung die unter 1 - 3 beschriebene Position deutlich zu machen.

Begründung:

In DA sind etwas mehr als 25.000 PKW Fahrzeuge mit Dieselmotoren, nämlich: 25.268 - etwa jeder 3. Fahrzeughalter in DA ist somit Opfer eines organisierten Betruges. Betrug - weil Fahrzeuge verkauft wurden, die nicht die vertraglich zugesagte Leistung erbringen und organisiert weil nicht nur die großen Autohersteller sich regelmäßig abgesprochen haben sondern auch die zuständigen staatlichen Kontrolleure nichts gegen diesen Betrug unternommen haben.

Im Gegenteil, in einem Austauschprogramm zwischen Bundesregierung und Automobilindustrie haben Firmenmitarbeiter die gesetzlichen Vorschriften formuliert, das allein ist schon ein Skandal. Und dann erfüllen die Autos nicht mal die selbst gesetzten Vorgaben – das stinkt zum Himmel.

Egal ob die Gerichte indirekt Fahrverbote erzwingen oder nicht, die betroffenen Autobesitzer haben jetzt bereits den Schaden durch Wertverlust. Durch Fahrverbote würden sie zusätzlich benachteiligt. Durch die unerlaubt hohen Emissionswerte tragen die Autohersteller zu höheren gesundheitlichen Risiken für Bürger und Bürgerinnen bei und in den betroffenen Städte

verursachen sie inhärente Schäden. Magistrat und Stadtverordnete als Vertretungsorgane der Stadt sind in der Pflicht sich für Besserung einzusetzen.

Wir wollen schadstoffarme Motoren statt Fahrverbote. Wir sind es leid, die Schmutzeleien der Autoindustrie und das Nichtstun der zuständigen Regierungsstellen auf Bundesebene auszubügeln.

Die Hersteller müssen den Betrug wiedergutmachen, d.h. die Fahrzeuge so nachrüsten, dass die beim Kauf zugesagten Eigenschaften erfüllt werden - genau darauf muss sie der Gesetzgeber verpflichten. Dass die Firmen sich dagegen sträuben ist klar, das kostet Geld.

Eine Nachrüstung kostet lt. ADAC zw. 1.400 - 3.300€ . Für die ca. 15 Mio. Diesel in Deutschland wären das 30 Mrd € - weniger als die 36Mrd€ Jahresgewinn von BMW, VW und Daimler in 2017.

Weitere Begründung mündlich

Fraktion Uffbasse

Kerstin Lau, Marc Arnold, Jürgen Barth, Georg Hang, Florence Tafesse